

Ortsbeirat Lützellinden

Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: aallamode@giessen.de

Datum: 25.09.2006

Niederschrift

zur 2. Sitzung des Ortsbeirates Lützellinden
am Mittwoch, dem 13.09.2006,
im Gemeindesaal Lützellinden, Zum Dorfplatz 6, 35398 Gießen-Lützellinden.
Sitzungsdauer: 20:00 - 22:20 Uhr

Teilnehmer/-innen:

Herr Jörg Asboe	CDU	Ortsvorsteher
Herr Markus Sames	CDU	
Herr Carsten Zörb	CDU	
Herr Rolf Luh	LWG	
Frau Petra Norsch	LWG	
Herr Uwe Schmidt	LWG	
Frau Julia Kreiling	SPD	
Herr Rolf Krieger	SPD	
Frau Elke Koch-Michel	Bürgerliste Lützellinden	

Für die Geschäftsstelle der Ortsbeiräte:

Frau Sandra Walther	Schriefführerin
---------------------	-----------------

Vom Magistrat:

Herr Dr. Volker Kölb	Stadtrat
----------------------	----------

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der 1. (konstituierenden) Sitzung des Ortsbeirates am 04.05.2006
4. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen
5. Vorschlag für die Wahl einer stellv. Schiedsfrau oder eines stellv. Schiedsmannes für den Schiedsamsbezirk Gießen-Lützellinden; Schreiben des Rechtsamtes vom 04.05.2006
6. Namensänderung der Grundschule Lützellinden, Breslauer Straße 1, 35398 Gießen-Lützellinden; Antrag des Magistrats vom 04.07.2006 STV/0210/2006
7. Gewerbeflächen Rechtenbacher Hohl/Am Langen Strich; Antrag der LWG-Fraktion vom 29.08.2006 OBR/0375/2006
8. Grillhütte Lützellinden; Antrag der LWG-Fraktion vom 29.08.2006 OBR/0377/2006
9. Stärkung der Rechte der Ortsbeiräte - Änderung der Geschäftsordnung der Ortsbeiräte; Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 02.09.2006 OBR/0378/2006
10. Bürgerversammlung zum Thema "gewerbliche Großfläche in Lützellinden" und "Rechtenbacher Hohl"; Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 02.09.2006 OBR/0379/2006
11. Einstellung von weiteren Grundstücksaufkäufen in der Großfläche in Lützellinden; Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 02.09.2006 OBR/0382/2006
12. Stellungnahme der Stadt Gießen zur gewerblichen Großfläche in Lützellinden in der Fortschreibung des Regionalraumordnungsplanes; Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 02.09.2006 OBR/0383/2006

- | | | |
|-----|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| 13. | Zweite Satzung zur Änderung der Straßenbeitragssatzung - Schließung der Gerechtigkeitslücke bei Straßensanierungsaltlasten;
Antrag der SPD-Fraktion vom 03.09.2006 | OBR/0384/2006 |
| 14. | Berichtsantrag über die Baumaßnahmen am Hellerpfad;
Antrag der SPD-Fraktion vom 02.09.2006 | OBR/0385/2006 |
| 15. | Probleme mit Jugendlichen auf dem Schulhof der Grundschule;
Antrag der SPD-Fraktion vom 02.09.2006 | OBR/0386/2006 |
| 16. | Jugendliche im Stadtteil Lützellinden;
Antrag der SPD-Fraktion vom 02.09.2006 | OBR/0387/2006 |
| 17. | Mitteilungen und Anfragen | |
| 18. | Bürgerfragestunde | |

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung

Ortsvorsteher Asboe eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

2. Feststellung der Tagesordnung

Ortsvorsteher Asboe teilt mit, dass er heute von der Fraktion „Die Linke“ in der Stadtverordnetenversammlung, Herrn Janitzki, eine e-Mail bekommen habe. Sie beinhaltet eine Ergänzung zum Antrag der Bürgerliste Lützellinden „Stärkung der Rechte der Ortsbeiräte“.

Frau Koch-Michel sagt zu, diese Ergänzung mit in ihrem heutigen Antrag in TOP 9 zu übernehmen. Sie ist als Anlage dem Protokoll beigefügt.

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

3. Genehmigung der Niederschrift der 1. (konstituierenden) Sitzung des Ortsbeirates am 04.05.2006

Die Niederschrift der 1. (konstituierenden) Sitzung vom 04.05.2006 wird einstimmig genehmigt.

4. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen

- Bauarbeiten in der Rheinfelser Straße

Ortsvorsteher Asboe verliest hierzu das Schreiben des Tiefbauamtes. Er stellt fest, dass die Bauarbeiten beendet sind und die Straße fertig gestellt ist. Herr Krieger fragt, wo hoch die Mehrkosten gewesen sind. Lt. Herrn Dr. Kölb belaufen sich die Mehrkosten auf ca. 200.000,- Euro. Eine Schotterschicht hatte sich als feste Schalendecke heraus gestellt, somit stiegen auch die Kosten für die Entsorgung in einer Wiederaufbereitungsanlage etc. Das Land Hessen habe sich an den Kosten nicht beteiligt, da die Maßnahme bereits begonnen hatte.

5. Vorschlag für die Wahl einer stellv. Schiedsfrau oder eines stellv. Schiedsmannes für den Schiedsamsbezirk Gießen-Lützellinden; Schreiben des Rechtsamtes vom 04.05.2006

Diskussion:

Nachdem Ortsvorsteher Asboe um Vorschläge bittet, schlägt Frau Kreiling Herrn Krieger vor.

Da keine weitere Vorschläge vorliegen, schlägt der Ortsbeirat **Herrn Rolf Krieger** für die Wahl des stellvertretenden Schiedsmannes für den Schiedsamsbezirk Gießen-Lützellinden vor.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen

(8 Ja-Stimmen; 1 Stimmenthaltung/Herr Krieger)

6. Namensänderung der Grundschule Lützellinden, Breslauer Straße 1, 35398 Gießen-Lützellinden; Antrag des Magistrats vom 04.07.2006

STV/0210/2006

Antrag:

„Antrag auf Namensänderung der Grundschule Lützellinden“ in Lindbachschule

Grundschule der Universitätsstadt Gießen
Breslauer Straße 1
35398 Gießen-Lützellinden“.

Begründung:

Die Schulkonferenz der Grundschule Lützellinden hat in ihrer Sitzung am 14.02.2006 der Namensänderung zugestimmt.

Der Vorschlag der Namensänderung entspricht den gesetzlichen Vorgaben (§§ 142 und 11 Abs. 3 des HSchG).

Die Namensgebung einer Schule ist im Hessischen Schulgesetz geregelt. Es wird zwischen Bezeichnung und Namen der Schule unterschieden. Jede Schule führt eine Bezeichnung, welche die Schulform, den Schulträger und den Schulort angibt. Die Schulform Grundschule ist durch § 11 Abs. 3 Nr. 1 a HSchG vorgegeben.

Diskussion:

Ortsvorsteher Asboe teilt mit, dass ein Wettbewerb zur Namensfindung ausgeschrieben war.

In einer kurzen Sitzungsunterbrechung teilt Herr Dr. Möhn mit, dass er am 09.03.06 einen Vorschlag eingereicht (Hildegard-Hetzer-Schule) und vor ein paar Tagen aus der Tagespresse entnommen habe, dass die Schule „Lindbachschule“ genannt werden solle.

Er habe bis heute keine Rückmeldung zu seinem eigenen Vorschlag erhalten.

Herr Dr. Kölb entgegnet, dass er auf die Namensgebung keinen Einfluss hatte und dies lediglich auch nur zur Kenntnis mitgeteilt bekommen habe.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich zugestimmt

(7 Ja-Stimmen: CDU, SPD, LWG, Bürgerliste;

1 Nein-Stimme: LWG; 1 Stimmenthaltung: LWG)

**7. Gewerbeflächen Rechtenbacher Hohl/Am Langen Strich; OBR/0375/2006
Antrag der LWG-Fraktion vom 29.08.2006**

Antrag:

Der Magistrat wird um Information und schriftliche Beantwortung folgender Fragen gebeten:

- 1.) Wie ist der aktuelle Sachstand bei der Vermarktung der Gewerbeflächen „Rechtenbacher Hohl“ bzw. „Am Langen Strich“?
- 2.) Wie hoch sind die Gesamtkosten für die im Jahr 2006 erfolgten Baumaßnahmen bzgl. dieser beiden Gewerbegebiete?
- 3.) Sind zunächst alle notwendigen Baumaßnahmen erledigt oder sind weitere

geplant?

Falls Baumaßnahmen noch ausstehen, wie würde dann die vorgesehene Zeitplanung aussehen?

Begründung:

Mit den Antworten zu diesen Fragen soll den Mitglieder des Ortsbeirates sowie den Bürgern ein aktuelles Gesamtbild zu beiden Gewerbegebieten ermöglicht werden.

Diskussion:

Herr Schmidt trägt seinen Antrag vor.

Beratungsergebnis: Ohne weitere Beratung einstimmig beschlossen.

**8. Grillhütte Lützellinden;
Antrag der LWG-Fraktion vom 29.08.2006**

OBR/0377/2006

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten die Ausstattung und somit die Attraktivität der Grillhütte Lützellinden zu verbessern.

Begründung:

Im aktuellen Zustand ist die Grillhütte Lützellinden nicht mehr zeitgemäß. Zu bemängeln sind hier vor allem die sanitären Einrichtungen (WC), die Wasser- und Stromversorgung sowie die Tisch und Sitzgelegenheiten. Gründe die dazu führen, dass Privatpersonen oder Vereine die Grillhütte oft nicht mehr anmieten. Für eine realistische Einschätzung der Gesamtsituation wäre eine Aufstellung der Auslastung der Jahre 2005 und 2006 hilfreich.

Diskussion:

Herr Schmidt trägt seinen Antrag vor und begründet ihn.

Lt. Herrn Schmidt sind vorrangig zwei Erneuerungen auszuführen:

- die Überdachung der Feuerstelle und
- die sanitären Anlagen

Lt. Herrn Weber von der Verwaltungsstelle wurde die Grillhütte in den letzten Jahren wie folgt angemietet:

2003: 35 Anmietungen; 2004: 51 Anmietungen; 2005: 44 Anmietungen;
2006: zurzeit 45 Anmietungen.

Die Anmietungen erfolgen zu ca. 50 % von Lützellindenern.

Der letzte Satz aus der Begründung des Antrages wird somit gestrichen, da die Zahlen jetzt vorliegen.

An der weiteren Beratung beteiligen sich Herr Sames, Herr Zörb, Frau Norsch, Frau Koch-Michel und Herr Dr. Kölb.

Der erweiterte Antrag lautet nun:

Der Magistrat wird gebeten die Ausstattung und somit die Attraktivität der Grillhütte Lützellinden zu verbessern; weiter wird er gebeten zu berichten, wie die sanitäre Entsorgung und Versorgung geregelt ist.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen

**9. Stärkung der Rechte der Ortsbeiräte - Änderung der Geschäftsordnung der Ortsbeiräte; OBR/0378/2006
Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 02.09.2006**

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, im Zuge der Fortschreibung/Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung folgende Punkte bei der Geschäftsordnung der Ortsbeiräte neu aufzunehmen:

1. Der Magistrat verpflichtet sich, den Ortsbeirat rechtzeitig und umfassend über beabsichtigte städtische Maßnahmen vor Ort zu informieren.
2. Der Magistrat verpflichtet sich, Anträge und Anfragen der Ortsbeiräte zeitnah, spätestens innerhalb einer Frist von 6 Wochen, schriftlich zu beantworten.
3. Der Magistrat sichert dem Ortsbeirat, in Person des Ortsvorstehers, eine förmliche Anhörung in Form eines Rederechtes in den Ausschüssen/Stadtverordnetenversammlung zu.
4. Der Magistrat verpflichtet sich, zu den Sitzungen der Ortsbeiräte den zuständigen Dezernenten oder dessen Vertretung zu entsenden. Auf Anforderung des Ortsbeirates sollten Vertreter der Fachämter an der Sitzung teilnehmen. Der zuständige Dezernent sollte vorbereitet sein und Auskunft geben können!"

Begründung:

Die aufgeführten Punkte wurden im gemeinsamen Arbeitstreffen der Ortsbeiräte 2005 erarbeitet. In einem gemeinsamen Arbeitstreffen mit Oberbürgermeister Haumann, Ortsvorsteher Euler und Ortsvorsteherin Victor wurden die Punkte erörtert und von Seiten des Oberbürgermeisters Zustimmung signalisiert.

Diskussion:

Frau Koch-Michel begründet ihren Antrag und ergänzt, dass im Antragstext die Stadtverordnetenversammlung gebeten werden sollte, den Magistrat mit der

Angelegenheit zu beauftrage.

An der weiteren Beratung beteiligen sich Herr Zörb, Herr Krieger, Herr Sames, Herr Schmidt, Herr Dr. Kölb und Herr Ortsvorsteher Asboe.

Nach eingehende Erörterung wird Punkt 3 des Antrages abgeändert. Auch soll der Antrag um zwei weitere Punkte (Übernahme der Forderungen von den Linken im Stadtparlament, als Anlage dem Protokoll beigefügt) ergänzt werden

Da sich gegen den Vorschlag von Frau Koch-Michel, über die Punkte einzeln abstimmen zu lassen, keine Einwände ergeben, wird wie folgt (mit geändertem Antragstext) darüber abgestimmt:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten den Magistrat aufzufordern, die nachstehenden Punkte als Anlage vorzubereiten und zur Beschlussfassung vorzulegen:

- 1. Der Magistrat verpflichtet sich, den Ortsbeirat rechtzeitig und umfassend über beabsichtigte städtische Maßnahmen vor Ort zu informieren.**
- 2. Der Magistrat verpflichtet sich, Anträge und Anfragen der Ortsbeiräte zeitnah, spätestens innerhalb einer Frist von 6 Wochen, schriftlich zu beantworten.**
- 3. Dem Ortsbeirat in Person des Ortsvorstehers wird eine förmliche Anhörung in Form eines Rederechtes in den Ausschüssen/Stadtverordnetenversammlung zugestanden. Dies ist entsprechend in der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen.**
- 4. Der Magistrat verpflichtet sich, zu den Sitzungen der Ortsbeiräte den zuständigen Dezernenten oder dessen Vertretung zu entsenden. Auf Anforderung des Ortsbeirates sollten Vertreter der Fachämter an der Sitzung teilnehmen. Der zuständige Dezernent sollte vorbereitet sein und Auskunft geben können!**
5. Zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse werden alle Ortsvorsteher/Ortsvorsteherinnen eingeladen. Ihnen (oder dem/der vom Ortsbeirat bestimmten Vertreter/Vertreterinnen) soll zu allen wichtigen Angelegenheiten, welche die Interessen seines/ihres Ortsbezirks betreffen, ein Rederecht eingeräumt werden.
6. Die Ortsbeiräte haben gemäß § 82 Abs. 3 zu allen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk angehen, ein Vorschlagsrecht. Die Vorschläge sind rechtzeitig vor dem Abgabetermin schriftlich beim Stadtverordnetenvorsteher einzureichen. Sie müssen, um als Antrag behandelt zu werden, von einer Fraktion übernommen werden.

Beratungsergebnis:

Punkt 1: Mehrheitlich beschlossen bei 8 Ja-Stimmen: CDU, SPD, LWG;

Bürgerliste und 1 Nein-Stimme: CDU

Punkt 2: Mehrheitlich beschlossen bei 8 Ja-Stimmen: CDU, SPD, LWG, Bürgerliste und 1 Nein-Stimme: CDU

Punkt 3: Mehrheitlich beschlossen bei 6 Ja-Stimmen: SPD, LWG; Bürgerliste und 3 Nein-Stimmen: CDU

Punkt 4: Mehrheitlich beschlossen bei 6 Ja-Stimmen: SPD, LWG, Bürgerliste und 3 Nein-Stimmen: CDU

Punkt 5: Abgelehnt bei 4 Ja-Stimmen: LWG, Bürgerliste und 5 Nein-Stimmen: CDU, SPD

Punkt 6: Abgelehnt bei 4 Ja-Stimmen: LWG, Bürgerliste und 5 Nein-Stimmen: CDU, SPD

**10. Bürgerversammlung zum Thema "gewerbliche Großfläche in Lützellinden" und "Rechtenbacher Hohl"; OBR/0379/2006
Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 02.09.2006**

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, eine Bürgerversammlung zum aktuellen Sachstand der gewerblichen Großfläche und dem Gewerbegebiet „Rechtenbacher Hohl“ durchzuführen.

Diskussion:

Frau Koch-Michel trägt ihren Antrag vor und begründet ihn.

An der Beratung beteiligen sich Herr Sames, Herr Zörb und Herr Dr. Kölb.

Herr Dr. Kölb schlägt vor, erst einmal bei dem zuständigen Dezernenten einen Sachstandsbericht einzuholen. Anschließend könne dann immer noch eine Bürgerversammlung durchgeführt werden.

Herr Dr. Kölb sichert zu, Rücksprache mit Herrn Stadtrat Rausch zur „gewerblichen Großfläche in Lützellinden“ und „Rechtenbacher Hohl“ zu halten und anschließend den Sachstandsbericht im Ortsbeirat vorzutragen.

Beratungsergebnis: Zurückgestellt
(von der antragstellenden Fraktion)

**11. Einstellung von weiteren Grundstücksaufkäufen in der Großfläche in Lützellinden; OBR/0382/2006
Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 02.09.2006**

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert, keine weiteren Grundstücksaufkäufe in der gewerblichen Großfläche in Lützellinden mehr zu tätigen.

Diskussion:

Frau Koch-Michel trägt ihren Antrag vor und begründet ihn.
An der weiteren Beratung beteiligen sich Herr Dr. Kölb, Herr Sames, Frau Norsch, Herr Zörb, Herr Krieger und Herr Ortsvorsteher Asboe.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen

bei 5 Ja-Stimmen: LWG, Bürgerliste, CDU;
3 Nein-Stimmen: SPD, CDU und 1 Stimmenthaltung CDU

12. **Stellungnahme der Stadt Gießen zur gewerblichen Großfläche in Lützellinden in der Fortschreibung des Regionalraumordnungsplanes; OBR/0383/2006**
Antrag der Bürgerliste Lützellinden vom 02.09.2006
-

Antrag:

Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten, dem Ortsbeirat die Stellungnahme der Stadt Gießen zur gewerblichen Großfläche (hier: Flächenverkleinerung der Großfläche) im Stadtteil Lützellinden in der aktuellen Fortschreibung des Regionalraumordnungsplanes vorzulegen.

Diskussion:

Frau Koch-Michel trägt ihren Antrag vor und begründet ihn.

Beratungsergebnis: Ohne weitere Beratung einstimmig beschlossen

13. **Zweite Satzung zur Änderung der Straßenbeitragssatzung - Schließung der OBR/0384/2006**
Gerechtigkeitslücke bei Straßen-sanierungsalasten;
Antrag der SPD-Fraktion vom 03.09.2006
-

Antrag:

Der Ortsbeirat Gießen-Lützellinden bittet den Magistrat, der Stadtverordnetenversammlung von Gießen die als Anlage beigefügte Zweite Satzung zur Änderung der Straßenbeitragssatzung der Universitätsstadt Gießen als Beschlussvorlage vorzulegen.

Hilfsweise werden die Fraktionen der in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Fraktionen gebeten, den Antrag zu übernehmen.

Begründung:

Im Frühjahr 2002 machte der Ortsbeirat Gießen-Lützellinden auf Ungerechtigkeiten im Zusammenhang mit der Behandlung von sogenannten „Straßenbau-Altlasten“ bei der Straßenbeitragspflicht aufmerksam. Die SPD-Stadtratsfraktion stellte mit Datum vom 8. April 2002 einen entsprechenden Antrag für die Stadtverordnetenversammlung, diese sogenannten „Altlasten“ von der Straßenbeitragspflicht zu befreien. Diese Angelegenheit wurde zwei Sitzungsrunden vertagt.

Nach einer von Stadtrat Rausch vorgelegten Liste mit 15 „Altlasten“ ermittelte eine Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion fünf Straßenzüge, die als solche im Sinne des Antrages zu verstehen waren. Gleichzeitig wurde eine Legaldefinition formuliert.

Danach muss eine „Straßenbau-Altlast“ im Sinne des Antrages folgende Voraussetzungen haben, um die Anzahl der Maßnahmen zu begrenzen:

- Es muss sich um eine Aus- oder Umbaumaßnahme (kein Straßenneubau) handeln
- Für die Maßnahme muss ein Planungsauftrag vor der Beschlussfassung der Satzung vom 5. Dezember 2001 vergeben worden sein
- Mittel müssen bereits im Investitionsprogramm des Haushaltes 2001 (für die Jahre 2000 bis 2004) vorgesehen gewesen sein
- Die Realisierung muss auch noch nach Beschluss der Satzung erforderlich sein.

Damit dies wirklich nur für „Straßenbau-Altlasten“ gilt, wurden die Maßnahmen abschließend im Satzungstext aufgeführt:

1. K 21 (2. Bauabschnitt) in Gießen-Allendorf
2. Grundhafte Erneuerung der Untergasse in Gießen-Allendorf
3. Erneuerung der Bitzenstraße in Gießen-Lützellinden
4. Sanierung Markwald in Gießen-Kleinlinden
5. Grundhafte Erneuerung der oberen Liebigstraße in Gießen

Diese Straßenzüge wurden im Sommer 2002 besichtigt und für sanierungsbedürftig befunden. Für alle diese Maßnahmen gelten die vorgenannten Kriterien.

Kurz bevor der o.g. Antrag der SPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung gestellt wurde, ist der Magistrat tätig geworden und hatte einen Teil der in der Diskussion angesprochenen Satzungsmängel gelindert (aber leider nicht beseitigt).

Die Magistratsvorlage, die dann auch in der Stadtverordnetenversammlung am

12. September 2002 beschlossen wurde, war zweifelsohne ein Schritt in die richtige Richtung, ging aber nicht weit genug, um die angesprochene Gerechtigkeitslücke zu schließen.

Auch eine zweite Initiative der SPD scheiterte im Jahr 2003 an der konservativen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung.

Die Stadt sollte nun im Interesse der Rechtssicherheit diese strittige Gerechtigkeitslücke schließen, zumal vor zwei Jahren etwa zeitgleich

- die Maßnahme in der Frankfurter Straße **straßenbeitragsfrei** und
- die Maßnahme in der K 21- 2. Bauabschnitt (Friedhofstraße/ Kleebackstraße) **straßenbeitragspflichtig** stattfanden.
- Hinzu kommt, dass die seinerzeit durch Stadtrat Rausch für „grundhaft sanierungsbedürftig“ erklärte Straße „Markwald“ in Kleinlinden durch zweifelhafte Druckplattenlastversuche plötzlich nur noch oberflächlich und - für die Anwohner nicht mehr beitragspflichtig saniert wurde, während im Stadtteil Allendorf/Lahn eine offensichtliche Nebenstraße, nämlich die Hintergasse mit rd. 10 Fahrzeugbewegungen am Tag, grundlegend saniert werden musste.
- Die Liebigstraße wurde – so aus der Presse zu entnehmen – im Straßenbereich über den maroden Leitungen grundhaft, die Randbereiche aber nur oberflächlich saniert und sind damit beitragsfrei.

Diskussion:

Herr Krieger trägt seinen Antrag vor.

An der weiteren Beratung beteiligen sich Herr Zörb, Frau Koch-Michel, Herr Krieger, Herr Schmidt und Herr Dr. Kölb.

Frau Koch-Michel erklärt, dass sie nur für den Antrag stimmen werde, wenn die Rheinfelser Straße ebenfalls in den Antrag aufgenommen werde. Ihr Abstimmungsverhalten gelte aber nur für den Ortsbeirat. In der Stadtverordnetenversammlung werde sie gegen diesen Antrag stimmen.

Nachdem Herr Krieger mitteilt, diese Straße nicht mit in den Antrag mitaufzunehmen, bemängelt Frau Koch-Michel, dass die im Antrag genannte Anlage 2. Satzung zur Änderung der Straßenbeitragsatzung fehle.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich abgelehnt

bei 6 Nein-Stimmen: LWG, CDU; 2 Ja-Stimmen: SPD und
1 Nichtteilnahme: Bürgerliste Lützellinden

Antrag der SPD-Fraktion vom 02.09.2006

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, durch die zuständigen Fachämter einen Sachstandsbericht über den Bau des neuen Feuerwehrgerätehauses zu geben.

1. Wann wird mit dem Neubau begonnen?
2. In welchem Umfang belaufen sich die Gesamtkosten?
3. Wann ist die Fertigstellung des Neubaus geplant?

Diskussion:

Herr Krieger trägt seinen Antrag vor.

Gegen den Vorschlag von Ortsvorsteher Asboe, den ersten Punkt aus dem Antrag zu streichen, da die Bauarbeiten bereits begonnen haben, erheben sich keine Einwände. Der Antrag lautet nun wie folgt:

„Der Magistrat wird gebeten, durch die zuständigen Fachämter einen Sachstandsbericht über den Bau des neuen Feuerwehrgerätehauses zu geben.

1. **In welchem Umfang belaufen sich die Gesamtkosten?**
2. **Wann ist die Fertigstellung des Neubaus geplant?“**

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen

15. **Probleme mit Jugendlichen auf dem Schulhof der Grundschule;** **OBR/0386/2006**
Antrag der SPD-Fraktion vom 02.09.2006
-

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, an dem Eingang zum Schulhof ein Schild anbringen zu lassen, welches das Verhalten auf diesem öffentlichen Platz regelt und an die Vernunft der Jugendlichen appelliert.

Begründung:

In der letzten Zeit häufen sich die Beschwerden der Anwohner rund um den Schulhof der Grundschule. Jugendliche finden sich in den Abendstunden dort ein um Musik zu hören. Damit die Jugendlichen nicht wie in der Vergangenheit durch den Magistrat vor vollendete Tatsachen gestellt werden (Platzverbot), regen wir an, sich mit den Jugendlichen in Verbindung zu setzen und durch direkte Ansprache sowie das Aufstellen eines Hinweisschildes an die Vernunft der jungen Menschen zu appellieren, bis eine räumliche Alternative gefunden worden ist.

Diskussion:

Frau Kreiling trägt den Antrag für die SPD-Fraktion vor.

Die Schilder, die einmal aufgestellt wurden, sind nicht mehr lesbar.

An der Beratung beteiligen sich Herr Zörb, Frau Koch-Michel, Herr Sames, Frau Kreiling, Frau Norsch und Herr Krieger.

Frau Koch-Michel schlägt folgenden Ergänzungsantrag vor:

Weiterhin wird gebeten, dass die Stelle aufsuchende Sozialarbeit vor Ort sich des Problems annimmt.

Hierzu erheben sich keine Einwände.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich beschlossen

bei 6 Ja-Stimmen: CDU, SPD, Bürgerliste, LWG und
2 Stimmenthaltungen: LWG

**16. Jugendliche im Stadtteil Lützellinden;
Antrag der SPD-Fraktion vom 02.09.2006**

OBR/0387/2006

Antrag:

1. Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert, eine Bestandserhebung der Angebotstrukturen für Kinder und Jugendliche im Stadtteil Lützellinden durchzuführen.
2. Der Magistrat wird beauftragt, für die Jugendlichen im Stadtteil Lützellinden eine räumliche Möglichkeit zu suchen, damit die Jugendlichen einen Platz haben, an dem sie sich treffen und aufhalten können.

Diskussion:

Frau Kreiling trägt den Antrag für die SPD-Fraktion vor.

An der Beratung beteiligen sich Herr Dr. Kölb, Herr Schmidt, Herr Sames und Frau Koch-Michel.

Nachdem Frau Koch-Michel vorschlägt, den zweiten Punkt des Antrages noch zu ergänzen und die SPD-Fraktion diese Ergänzung übernimmt, wird über folgenden geänderten Antrag abgestimmt:

- „1. Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird aufgefordert, eine Bestandserhebung der Angebotstrukturen für Kinder und Jugendliche im Stadtteil Lützellinden durchzuführen.
2. *Die aufsuchende Sozialarbeit soll beauftragt werden, die Wünsche und Bedürfnisse der Jugendlichen im Stadtteil Lützellinden zu erfragen und entsprechende Vorschläge/Kriterien zu unterbreiten.“*

Herr Dr. Kölb sagt eine Klärung zu.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen

17. Mitteilungen und Anfragen

- **Jubiläumsfeier Männergesangverein**
Ortsvorsteher Asboe teilt mit, der Männergesangverein 1877 feiert am 07. Oktober 2006 **50 Jahre** gemischter Chor. Der Ortsbeirat ist zu dem Liederabend eingeladen.
- **Flur-Karte**
Nachdem Frau Koch-Michel fragt, ob jedes Mitglied des Ortsbeirates eine Flur-Karte bekommen habe, erklärt Herr Asboe, dass dies eine persönliche Initiative von ihm sei und er sich bemühe, dass jedes Mitglied eine Flur-Karte bekomme.
- **Teilnahme des Dr. Kölb an den Sitzungen des Ortsbeirates**
Frau Koch-Michel fragt, ob Herr Dr. Kölb nun regelmäßig an den Sitzungen des Ortsbeirates teilnimmt.
- **Bekanntgabe der Anschriften neu gewählter Ortsbeiratsmitglieder**
Frau Koch-Michel fragt, ob ein aktuelles Register innerhalb der Ortsbeiratsmitglieder (Adresse, Telefonnummern etc) verteilt werden könnte.
- **Bekanntgabe neuer Anschriften, Telefonnummer etc bez. Internet**
Ortsvorsteher Asboe teilt mit, dass Änderungen der Adresse, Telefonnummern etc der einzelnen Ortsbeiratsmitglieder bitte umgehend Frau Braungart mitgeteilt werden sollen.
- **Übernahme der Kosten des Bürgersteiges in der Rheinfelser Straße**
Zur Anfrage von Herrn Krieger bzgl. der Übernahme der Kosten des Bürgersteiges (in Höhe des Feuerwehrgerätehauses) sagt Herr Asboe eine Klärung zu.
- **Biotop Lückebach**
Nachdem Frau Norsch fragt, wer für die Instandhaltung des Biotops zuständig sei, erklärt Herr Asboe, dass er sich erkundigen werde.

18. Bürgerfragestunde

- **„Üble Zustände“ an der Schule**
Herr Dr. Möhn spricht das Problem der ständig lärmenden Jugendliche im Bereich der Schule an und erklärt, dass dort auch des öfteren mit Drogen gedealt und/oder Drogen konsumiert werden.

- **Statik des Turnhallendaches**
Herr Dr. Möhn möchte wissen, ob die Statik des Turnhallendaches überprüft worden ist. Lt. Ortsvorsteher Asboe sei dies erfolgt.
- **Tauglichkeit der Spielgeräte auf den Spielplätzen**
Herr Dr. Möhn fragt, ob die Spielgeräte vom TÜV abgenommen worden seien. Nachdem Ortsvorsteher Asboe mitteilt, dass eine regelmäßige Überprüfung zugesagt wurde, sagt Herr Dr. Kölb eine Klärung zu.
- **Sportgelände „schwarzer Platz“**
Herr Dr. Möhn fragt, wann die Löcher wieder verfüllt werden, da z. B. bei Auf- und Abbauten von Festzelten große Löcher entstehen würden. Hier soll eine Klärung durch das Tiefbauamt erfolgen.
- **Leerung der Mülltonne in der Berliner Straße**
Herr Dr. Möhn erklärt, dass die Mülltonnen des öfteren nach Leerung auf der Straße stehen bleiben und nicht wieder auf den Bürgersteig zurückgestellt werden. Nachdem er nachfragt, wer hafte, wenn dann Unfälle z.B. mit den Autos auf der Straße passieren, verspricht Herr Dr. Kölb Abhilfe.
- **Entfernung des Mülls rund um die Mülleimer**
Nachdem Herr Dr. Möhn fragt, wer den restlichen Müll entferne, der um die Mülleimer herum verteilt liege, erklärt Herr Dr. Kölb, dass hierfür die Gemeindearbeiter zuständig seien.
- **Bürgerversammlung**
Herr Dr. Möhn fragt, ob es möglich sei, für die Bürger eine Diskussionsrunde mit den Mitgliedern des Ortsbeirates einzurichten. Ortsvorsteher Asboe erklärt, dass die Bürger bereits diese Möglichkeit in der Bürgerfragestunde in den Ortsbeiratssitzungen haben. Lt. Frau Koch-Michel müsste hierzu die Initiative von der Bürgerschaft kommen. Zudem veranstalten verschiedene Parteien Diskussionsrunden bei ihren Stammtischen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Ortsvorsteher Asboe die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

Die nächste Sitzung des Ortsbeirates findet am Mittwoch, 08. November 2006, 20:00 Uhr statt.

Antragsschluss bei der Geschäftsstelle ist Montag, 30. Oktober 2006, 8:00 Uhr.

gez.

Jörg Asboe
Ortsvorsteher

gez.

Sandra Walther
Schriftführerin